

Grundlagen

der Jungen Union zum Umgang mit Rechts- und Linksextremismus

Beschluss des Bundesvorstandes vom 6. Mai 2005 in Krakau

1. Die Junge Union als Vereinigung der politischen Mitte bekämpft jede Form von politischem Extremismus.

2. Für die Junge Union stellt die politische Bildung ihrer Mitglieder eine hohe Priorität dar. Im Rahmen dieser Bildungsarbeit soll an erster Stelle die Vermittlung der politischen Grundwerte unseres Staates und damit von CDU/CSU stehen. Alle Mitglieder sollen mit den Begriffen „Demokratischer Verfassungsstaat“ und „Soziale Marktwirtschaft“ umgehen und sie in Diskussionen mit Bürgern oder dem politischen Gegner vertreten können. Alle Gliederungen der Jungen Union sowie der CDU und CSU werden aufgerufen, sich weiterhin der politischen Bildung in den Grundlagenbereichen Demokratie, Marktwirtschaft, christliches Menschenbild zu widmen. Besonders wird sich die Junge Union mit politischem Extremismus auseinandersetzen. Eine enge Zusammenarbeit mit den Trägern der politischen Bildungsarbeit wie etwa der Konrad-Adenauer- oder der Hanns-Seidel-Stiftung wird dabei angeregt.

3. Im Kampf mit dem politischen Extremismus darf die Debatte um die Wirtschaftspolitik nicht aus dem Blickfeld geraten. Viele Extremisten von links und rechts versuchen, Marktwirtschaft und Globalisierung für alle Übel verantwortlich zu machen und geben vor, nur eine staatsorientierte, sozialistische Wirtschaftspolitik könne Wohlstand und Arbeit garantieren. Alle geschichtlichen Beispiele sprechen dafür, dass Wohlstand und Arbeit dauerhaft nur durch marktwirtschaftliche Systeme erreicht werden können. Sozialistische Wirtschaftssysteme führen dagegen nahezu gesetzmäßig zu allgemeiner Armut, Unterentwicklung und Unfreiheit. Die Soziale Marktwirtschaft ist daher offensiv als richtiges und erfolgreiches Wirtschaftssystem für ein freiheitliches und demokratisches Deutschland zu vertreten. Für konkrete Probleme vor allem in den neuen Bundesländern sowie in Grenzregionen wie der Beschäftigung von Niedrigqualifizierten und dem extremen Lohnwettbewerb durch mitteleuropäische Nachbarländer sind marktkonforme, aber wirksame Maßnahmen zu finden.

4. Die Junge Union wendet sich mit gezielten öffentlichkeitswirksamen Aktionen und Maßnahmen gegen politischen Extremismus. Eine Idee wäre eine "Multimedia-CD für Demokratie", die bundesweit an einem Aktionstag vor Schulen und Universitäten verteilt werden könnte. Soweit sich die Junge Union an Aktionen anderer Gruppen oder Bündnisse gegen Rechtsextremismus beteiligt, sollte sie durch eigene Ideen identifizierbar sein. Dies könnten bei einer Demonstration beispielsweise sein: Deutschlandfahnen mitbringen, um sich einerseits von den roten Fahnen der Gewerkschaften und Jusos abzusetzen, aber auch um andererseits der Öffentlichkeit deutlich zu machen, dass die Farben Schwarz-Rot-Gold zur Demokratie und nicht zum Rechtsextremismus gehören. Den Gliederungen werden Ideen und Anregungen zur Verfügung gestellt, die besonders positive Beispiele aus der Praxis von JU-Verbänden vorstellen. Die Junge Union Deutschlands erarbeitet außerdem Argumentationshilfen gegen PDS- sowie NPD-Standardfloskeln (Sozialismus, Antifaschismus, Rassismus, Ausländer etc.), die Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden. Des Weiteren werden Seminare für Funktionsträger in den Bereichen Rhetorik und Medientraining angeboten.

5. In CDU und CSU muss jederzeit die Möglichkeit bestehen, sich offen zu konservativen Positionen bekennen zu können. Neben der christlich-sozialen und der liberalen ist die konservative Strömung eine gleichberechtigte Wurzel der Christdemokratie. Die Patriotismusdebatte muss in der Jungen Union sowie in der CDU und CSU mit Leben erfüllt werden und darf nicht nur vor Parteitag zu taktischen Zwecken in den Vordergrund gestellt werden. Nationale Symbole (Flagge, Hymne, Gedenk- und Feiertage, Denkmale, auch Geschichte) sind verantwortungsvoll positiv zu besetzen und in unser Erscheinungsbild einzubauen.

6. Die Union darf in Politikbereichen wie beispielsweise der Ausländerpolitik oder der Auseinandersetzung mit dem Islamismus keine von linken Parteien gesetzten Tabus der "Politischen Korrektheit" akzeptieren, denn davon würden letztlich nur die Rechtsextremisten

profitieren. Hier gilt die von Franz-Josef Strauß geprägte Losung: "Rechts von der Union darf es keine demokratisch legitimierte Partei geben!" Konservative, patriotische und nationale Positionen haben in der CDU und CSU eine Heimat. Diese Positionen gehören zur politischen Mitte in Deutschland. Ebenso müssen in CDU und CSU Fehlentwicklungen in der Europäischen Union (deutsche Nettozahlungen, liberales Asyl- und Ausländerrecht, Beitritt von Türkei und Rumänien) offensiv angesprochen werden. Für rechtsextremistische, rechtsradikale, ausländerfeindliche oder antisemitische Auffassungen ist in der Union kein Platz. In der Union darf es auch keine Zusammenarbeit mit Parteien oder Gruppen geben, die derartige Meinungen vertreten.

7. Im Kampf gegen Rechtsextremismus darf es für die Junge Union keine Aktionsgemeinschaft mit Linksextremisten wie beispielsweise Solid, Autonome Antifa, VVN/BdA u.a. geben. Jede politische Zusammenarbeit auf Bundes- oder Landesebene mit der PDS lehnt die Junge Union ab. Soweit die Junge Union gemeinsam mit anderen Parteien und Gruppen Erklärungen gegen Extremismus abgibt oder unterstützt, muss sichergestellt werden, dass

a) keine Extremisten in irgendeiner Form an der Erklärung beteiligt werden,

b) die Erklärung sich nicht pauschal "gegen rechts" wendet, sondern explizit gegen (Rechts- oder Links-) Extremismus,

c) jede Form von Gewalt verurteilt wird und nicht bestimmte Gewaltopfer gegenüber anderen privilegiert werden,

d) klare Begriffe wie Nationalsozialismus und Rechts- bzw. Linksextremismus verwendet werden und unklare Begriffe, die oft politisch einseitig besetzt sind, wie beispielsweise Faschismus/Antifaschismus, vermieden werden.

8. Die Auseinandersetzung mit der NPD und anderen Rechtsextremisten ist mit Entschiedenheit und Entschlossenheit, aber auch mit der erforderlichen Gelassenheit zu führen. Nicht auf jede Provokation der NPD darf reagiert werden. Durch Dramatisierungen oder Übertreibungen in der Reaktion auf Handeln der NPD darf nicht erst ein medialer Erfolg für die NPD geschaffen werden. Wichtig ist es, keine Deutungshoheit der NPD über bestimmte Themen entstehen zu lassen sondern diese selbst offensiv zu besetzen (Zuwanderung, Umbau des Sozialstaats, Patriotismus, 8. Mai 1945 etc.).

9. Die aggressive Front von links baut die rechtsextremen Wahlerfolge mit. Jede Polarisierung stärkt die Extreme und schwächt die politische Mitte. Seit 2001 hat die Bundesregierung rund 100 Millionen Euro für so genannte „Projekte gegen rechts“ zur Verfügung gestellt. Gebracht haben Sie angesichts der rechtsextremistischen Wahlerfolge offenkundig wenig. Gefördert wurden und werden in der Regel Initiativen und Projekte, die links und teilweise sogar linksextremistisch orientiert sind. So genannte "rechte" Jugendliche werden als politisch inkorrekte Außenseiter stigmatisiert und dadurch oft erst recht den Rechtsextremen in die Hände gespielt. Erreicht werden sie von den Programmen jedenfalls zumeist nicht, obwohl sie die wesentliche Zielgruppe darstellen sollten. Statt auf ihre Situation einzugehen, mit ihnen zu reden und zu diskutieren, also Demokratie einzuüben, wird von oben verordnet und belehrt. Ihr gesamtes Wertesystem wird verworfen, ohne erstrebenswerte und gelebte Werte anzubieten. Projekte und Demonstrationen bei denen An- und Zugereiste den Menschen vor Ort die Welt erklären wollen erreichen oft das Gegenteil.

10. Die Junge Union fordert CDU und CSU auf, ihre Verantwortung in der Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus wahrzunehmen. Insbesondere muss die Bildung und Schulung der eigenen Funktionsträger gestärkt werden, damit keine linke Deutungshoheit in der Auseinandersetzung mit Extremisten entsteht und die Union klar als Stimme der politischen Mitte erkennbar ist.